



Mauerpark



Seite 2

Rekommunalisierung



Seite 3/4

Gehartzt



Seite 5

Aus BVV und Ausschüssen

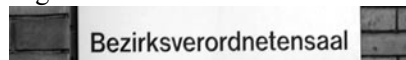
Akut versetzungsgefährdet?



Der Wahlkampf hält zunehmend Einzug in die Debatten der Bezirksverordnetenversammlung (BVV). Die Themen der Dezembersitzung waren vor allem die Missbilligung von Stadtrat Dr. Michail Nelken (DIE LINKE) und mit ihr die Kultur im Allgemeinen und Speziellen.

So werden die kulturellen Angebote in Pankow attraktiver. Auf Initiative der B'90/Die Grünen soll das Bezirksamt die in der Kultur tätigen Akteure Alt-Pankows an einen Tisch holen und die Belegung des Pankower Zentrums anstoßen. Schafft die Kultur das nicht allein oder will Alt-Pankow am Ende nicht Neu-Prenzlauer Berg sein? An einen Tisch sollen auch die Musikschule und das MACHmit! Museum, um die gemeinsame Nutzung von Räumen im Eliashof zu klären. Da die derzeit im Eliashof ansässigen Jugendkulturprojekte, wie die Murkelbühne, durch die Reaktivierung als Grundschulstandort nach

wie vor nach neuen Räumlichkeiten suchen, wurde beschlossen, kurzfristig umsetzbare Vorschläge für Alternativstandorte zu finden. In der Diskussion stehen unter anderem Räume auf dem Bezirksamtsgebäude, was Stadträtin Christine Keil (DIE LINKE) für nicht realisierbar hält, oder die bisherigen Räume der Musikschule in der Pappelallee 41 b. Hierzu hatte das Bezirksamt am Vorabend der BVV-Tagung einen Beschluss gefasst. Dass die Standortsuche noch nicht abgeschlossen ist, war der Auslöser für die Missbilligung des Kulturstadtrates Dr. Michail Nelken. Da das Bezirksamt ein Kollegialorgan ist, galt der Suchauftrag allen Abteilungen und nicht nur dem Kulturamt. Damit hätte die Missbilligung dem gesamten Bezirksamt gelten müssen, was jedoch mehrheitlich von der BVV abgelehnt wurde.



Buhmann der Missbilligung war ausschließlich Dr. Nelken, dem die anderen Fraktionen fehlende Umsetzungskompetenz und fehlende Sorgfalt bei der Aufgabenwahrnehmung vorwerfen. Die SPD hielt ihm immerhin die schwierige Gemengelage zugute, fühlte sich aber von den kurzfristigen Vorschlägen zur Nutzung der Pappelallee 41 b in die Ecke gedrängt.

Der Verweis darauf, dass die Aufgabe des Standortes Pappelallee 41 b vor mehreren Jahren bereits beschlossen wurde und erst kurzfristig die Idee zum Erhalt der Immobilie als Alternativstandort kam, ohne die finanziellen Rahmenbedingungen genau zu kennen, ging in der Debatte nahezu unter. Denn die Meinungen standen fest. Auf Dr. Nelkens Zeugnis schreibt Frau Remlinger (B'90/Die Grünen): „Sie sind akut versetzungsgefährdet.“

Katja Seidel
Bezirksverordnete

Stuttgart 21 lässt grüßen



Dass politische Entscheidungen ohne vorherige Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern schief gehen, wurde anhand der Auseinandersetzung in Stuttgart im vergangenen Jahr deutlich. Und wieder gibt es diesen Versuch, diesmal in Berlin im Rahmen des Ausbaus des Mauerparks auf Weddinger Seite. Für diese Flächen wurde vor wenigen Monaten - auch durch öffentlichen Druck - ein Bebauungsplanverfahren durch das Bezirksamt Mitte eröffnet. Nur in einem solchen Verfahren ist die Einbeziehung der Bürger zwingend vorgeschrieben. Es fand eine Bürgerbeteiligung statt, in der sich auch zahlreiche Pankower Bürger äußerten. Mit 2.500 Einwendungen gegen den von Baustadtrat Gothe (SPD) erarbeiteten Entwurf gab es ein ungewohnt starkes Interesse. Sonst beteiligen sich nicht mehr als 100 Bürgerinnen und Bürger an einem Bebauungsplanverfahren. Der Gothe-Entwurf sieht vor, den Mauerpark zwar zu erweitern, jedoch nördlich des Gleimtun-

nels sowie an der Bernauer Straße Häuser und ein Wohngebiet zu errichten. Das wird unnötige Nutzungskonflikte hervorrufen. Auch ist der Teilabriss des denkmalgeschützten Tunnels zur Errichtung einer Erschließungsstraße für das geplante Wohngebiet vorgesehen. Jetzt will Stadtrat Gothe seine Ziele ohne Beachtung der 2.500 Einwendungen mit einem städtebaulichen Wettbewerb erreichen. Die Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Mitte brachte in die letzte Sitzung der BVV vor dem Jahreswechsel noch einen Antrag ein, der - zum Glück - beschlossen wurde. Jetzt wird das Bezirksamt aufgefordert, bis zur Auswertung und Abwägung der erhobenen Einwände alle Aktivitäten einzustellen, die eine Entscheidung für die weitere Entwicklung des Mauerparks vorwegnehmen könnten. Eine Gewissheit über die Entwicklung des Mauerparks wird es erst mit dem Beschluss der BVV über den Bebauungsplan geben. Der Be-

bauungsplan befindet sich in einem Verfahren, das noch Monate dauern wird. Erst danach wäre es möglich, in einem städtebaulichen Wettbewerb Klarheit über die Details der Gestaltung des Mauerparks zu diskutieren.

Thomas Goetzke
Bezirksverordneter



Das Interview

Ohne Wasser, merkt Euch das ...

Wirtschaftssenator Harald Wolf (DIE LINKE) verhandelt mit den privaten Eignern über deren Anteile an den Wasserbetrieben. Hintergrund: Der damalige CDU/SPD-Senat verkaufte 1999 insgesamt 49,9 Prozent der Berliner Wasserwerke an RWE Aqua und Veolia Wasser. Folge der Teilprivatisierung: 1.500 Stellen wurden abgebaut, Kunden stöhnten unter Preiserhöhungen für Wasser von rund 30 Prozent. extraDrei sprach mit Harald Wolf.

Steht Dir das Wasser sprichwörtlich bis zum Hals?

Nein. Mir hängt zum Halse raus, zu welch haarsträubenden Konditionen 1999 die Teilprivatisierung der Wasserbetriebe ins Werk gesetzt wurde. Außerdem ärgert mich, welches populistische Schindluder die Opposition jetzt damit treibt. Da wurde versucht, den Gärtner zum Bock zu machen und mir die hohen Wasserpreise anzulasten. Diese waren jedoch Ergebnis der Teufelei 1999. Das wurde geflissentlich übersehen, stattdessen wurden angeblich neue Enthüllungen präsentiert, die sich nachweislich als alte Hüte erwiesen. Das Thema Wasser bleibt mahnendes Beispiel für eine misslungene Teilprivatisierung. Wir müssen den öffentlichen Einfluss im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge wieder steigern, um für die Kunden die Wasserpreise langfristig zu senken.

Wie willst Du das erreichen?

Nun, derzeit überprüft das Bundeskartellamt wegen des Verdachts auf überhöhte Preise der Berliner Wasserbetriebe die Tarife von 45 deutschen Wasserversorgern. Schon jetzt ist die kartellrechtliche Untersuchung ein starkes Druckmittel auf die privaten Anteilseigner, endlich die Bereitschaft zu Verhandlungen über eine Änderung der Wassererträge zu erklären.

Haben eigentlich nur die privaten Investoren mehr Geld in die Taschen bekommen oder auch der Senat, dem ja die andere Hälfte der Betriebe gehört?

Natürlich hat der Senat in den letzten Jahren den gleichen Gewinnanteil bekommen wie die Privaten.

Das Problem ist doch, dass den Privaten eine bestimmte Rendite in den Teilprivatisierungsverträgen garantiert worden ist. Außerdem, und das ist der eigentliche Skandal, wurde eine Ausgleichspflicht des Landes in den Vertrag aufgenommen. Wenn Berlin die Wasserpreise senken wollte, würde das nicht nur den Landeshaushalt belasten, sondern das Land müsste den privaten Anteilseignern darüber hinaus noch einen Ausgleich für die entgangenen Gewinne leisten. Berlin würde also doppelt draufzahlen. Stattdessen haben wir die Einnahmen des Landes im Haushalt dafür verwendet, die negativen sozialen Folgen der Haushaltskonsolidierung in Grenzen zu halten. Die Rendite des Landes ist also sozialisiert worden.

Warum konnte eigentlich bisher der Senat - bei einem Landesanteil von 50,1 Prozent - die Interessen der Verbraucher nicht so schützen, wie es erforderlich ist?

Weil der damalige schwarz-rote Senat 1999 die Teilprivatisierungsverträge abgeschlossen hat, die ihre Gültigkeit durch einen Regierungswechsel nicht verloren haben. Daher wollen wir diese Verträge ändern. Das geht nur über Verhandlungen mit den Privaten. RWE hat angekündigt, über den Verkauf seiner Anteile an den Wasserbetrieben verhandeln zu wollen. Es ist durchaus möglich, dass das Land nur die RWE-Anteile zurückkauft und der andere private Eigner, Veolia, seine Anteile behält. Entscheidend ist, dass das Land Berlin bei den Wasserbetrieben wieder das Sagen hat.

Welches sind die Knackpunkte bei den Meinungsverschiedenheiten zwischen Senat und den Privaten?

Es geht um widerstreitende Interessenlagen: Wer verdient an den Wasserbetrieben, woraus werden die Gewinne generiert, wem kommen sie zugute und wie hoch sollen sie sein? Da haben die Privaten beim Betrieb eines natürlichen Monopols, wie es das Wasser ist, andere Prioritäten als ein dem Gemeinwesen verpflichtetes Land Berlin. Was Meinungs-

verschiedenheiten allerdings leisten können ist, die Verkaufsbereitschaft der Privaten zu erhöhen. Da hat der stete Tropfen nun ja auch zum Erfolg geführt.

In welchem Zeitfenster sollen die Verhandlungen zwischen Senat und privaten Investoren passieren? Und was wären aus Deiner Sicht realistische Wasserpreise?

Den zeitlichen Rahmen von Rückkaufverhandlungen kann man nicht genau prognostizieren. Ziel bleibt allerdings, die Verhandlungen noch vor der Wahl zu einer Entscheidung zu führen. Hinsichtlich der Tarifentwicklung setze ich auf die anstehende Entscheidung des Bundeskartellamtes zu den Berliner Wasserpreisen. Wenn man sich vergleichbare Unternehmen ansieht, sind die Berliner Preise 10 bis 15 Prozent zu hoch.

Sind auf der Seite der Senatsfinanzverwaltung nun wirklich alle Vereinbarungen und Klauseln veröffentlicht, oder gibt es noch irgendwelche geheimen Absprachen?

Geheime Absprachen gab es nie. Für die Privatisierungsverträge gab es Vertraulichkeitsvereinbarungen. Das gehört nun der Vergangenheit an. Das Wesentliche der nun veröffentlichten Verträge war nie geheim, sondern fand bei den heute frisch Empörten damals nicht deren Interesse. Wir haben unter dem Eindruck der wilden Berichterstattung ja noch einmal alles nachgezeichnet und im Einzelnen für die Desinteressierten von damals, die sich heute als Große Aufklärer gebären, dokumentiert, was wann wem bekannt war. Lesen bildet.

Interview:
Gisela Blank



Rekommunalisierung: Wasser und Energie in öffentliche Hand

Verkauftes Wasser



Die Berliner Wasserbetriebe (BWB) sind 1999 von CDU und SPD zu 49,9 Prozent an RWE und Veolia verkauft worden. Das hatte zwei Gründe.

Erstens: Zu dieser Zeit hatte der Diepgen-Senat die Wasserbetriebe an den Rand gewirtschaftet. Auf internationalen Märkten sollten die BWB das große Geld verdienen. Allerdings ging diese Spekulation mit den Tarifeinnahmen der Berliner Wasserkunden gehörig schief. Die BWB mussten neu organisiert, die Risikogeschäfte abgestoßen werden.

Zweitens: Es ging von Anfang an um viel Geld. Im Berliner Landeshaushalt klaffte eine große Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben. So wechselten für einmalig 3,1 Milliarden DM (ca. 1,5 Milliarden Euro) die BWB-Anteile zu den privaten Versorgungskonzernen. Sie sollten Seriosität und Sachkenntnis vermitteln, die Preise sollten sinken. Aber Wasser ist ein natürliches Monopol. Letztlich sollte daraus 30 Jahre lang kassiert

werden. Da alle Menschen Wasser brauchen, ein wasserdichtes Geschäft!

In den vertraulichen Verträgen, für deren Offenlegung DIE LINKE seit 1999 gekämpft hat, und die nun – auf Druck von Bürgern und Politik – endlich einsehbar sind, steht, wie das rechtlich abgesichert wurde. Trotz versprochener Tarifsenkungen war von Anfang an klar, dass die Preise steigen würden. Schwarz auf weiß können jetzt alle lesen, wovor wir 1999 gewarnt haben.

Die BWB sind nach wie vor ein gutes Wasserunternehmen. Ihre Beschäftigten leisten gute Arbeit. Sie sollen es nicht für die Rendite internationaler Konzerne tun, sondern für unsere Stadt. Mit der Offenlegung der Verträge allein ist es nicht getan. Gültig bleiben sie nämlich trotzdem.

DIE LINKE will, dass die Verträge zugunsten der Wasserkunden und Berlins neu verhandelt werden. Wenn möglich, wollen wir Anteile an den Wasserbetrieben zurückerwerben. Auf jeden Fall muss der

öffentliche Einfluss erhöht, die Renditeverpflichtung angegriffen werden.

Die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus hat die Geschichte der Teilprivatisierung und ihre Folgen in der Broschüre „Verkauftes Wasser“ dokumentiert. Auch, was wir mit den BWB vorhaben. Das Dossier kann bestellt werden bei der Linksfraktion, Berliner Abgeordnetenhaus, Niederkirchnerstraße 5, 10111 Berlin oder kontakt@linksfraktion-berlin.de.

Klaus Lederer
Landesvorsitzender



Energie für Berlin Energie



Nachdem im November vergangenen Jahres die Entwicklungsplattform Berlin Energie zur Gründung eines kommunalen Energieversorgers gegründet wurde, haben die beteiligten Partnerunternehmen nun die Arbeit an einem Geschäftsmodell aufgenommen. Die Arbeitsgruppe aus Berliner Energieagentur, der Berliner Stadtreinigung (BSR), den Wasserbetrieben, der GASAG und der Senatswirtschaftsverwaltung hat sich darauf verständigt, bis zum Sommer des Jahres ein Geschäftsmodell zu erarbeiten, das als Besprechungsgrundlage dem Senat vorgelegt werden kann. Zunächst werden die hierfür zu klärenden Fragen vereinbart, in Arbeitspakete aufgeteilt und in Workshops bearbeitet. Außerdem wird ein Kataster der vorhandenen Erzeugungskapazitäten erarbeitet, mit den Eigenverbräuchen der Partner abgeglichen und mögliche Synergieeffekte

identifiziert. Parallel wird auch das Thema Netze weiter bearbeitet, um bei Auslaufen der Konzessionsverträge für Gas 2013 und für Strom und Wärme 2014 für die notwendige Neuvergabe der Konzessionen gerüstet zu sein. Hierfür ist eine Fülle von juristischen und technischen Fragen zu klären, auch die Wertermittlung bei Rücknahme der Netze erfordert einigen Vorlauf, wie die kommunalen Übernahmen in anderen Städten immer wieder zeigen. Im März will man soweit sein, auch anderen interessierten Partnern die Mitarbeit an der Abarbeitung einzelner Arbeitspakete zu ermöglichen. Darüber hinaus wird an Modellen der Beteiligung gearbeitet, die dann auch öffentlich diskutiert werden sollen. Ob Bürgerfonds, Kundenverein, Erzeugergenossenschaften oder andere Modelle geeignet sind, ist derzeit noch nicht abzusehen. Primat hat zu-

nächst die Wirtschaftlichkeit von Berlin Energie. Erst wenn hierfür ein tragfähiges Modell vorliegt, lässt sich solide über funktionale Schnittstellen für Beteiligung und Bürgerengagement diskutieren. Bleibt es bei dem ambitionierten Zeitplan, werden die Wähler und Wählerinnen im September auch darüber abstimmen können, ob sie wieder ein kommunales Energieversorgungsunternehmen haben wollen. DIE LINKE wird deutlich machen, wer's erfunden hat und wer Triebkraft und Garant dafür ist, dass auch Berlin in Feldern der öffentlichen Daseinsvorsorge wieder mehr Verantwortung übernimmt im Interesse einer hohen Qualität, guter Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, des ökologischen Umbaus der Energieversorgung und nicht zuletzt im Interesse fairer Preise.

Sören Benn
Bezirksvorsitzender

Hartz IV

Zum Leben zu wenig

Schwarz-Gelb doktert seit Monaten an der Neuberechnung der Hartz IV-Regelsätze herum. Nach den Plänen der Bundesregierung sollen die Ausgaben für die Unterkunftskosten gedämpft werden. Arbeitslose können häufig nur dann in ihren Wohnungen bleiben, wenn sie aus ihrem schmalen Regelsatzbudget selbst einen Teil der Miete bezahlen. Gerade in den Berliner Innenstadtbezirken wird es immer schwerer, Wohnungen zu finden, deren Miete im Rahmen der Kosten der Unterkunft liegen. Schwer wiegt hier das Einschreiten der Bundesregierung gegen die vergleichsweise großzügige Wohnkostenregelung der Berliner rot-roten Landesregierung.

Weiterhin will die Bundesregierung das Elterngeld für Arbeitslose abschaffen. Die Kinder in Bedarfsgemeinschaften waren der Bundesregierung bisher weniger wert. Nun sind sie ihr nichts mehr wert. Betroffen sind vor allem rund 650.000 Alleinerziehende. Die Ehefrau, die wegen eines hohen Familienein-

kommens nicht arbeiten muss, erhält dagegen weiterhin Elterngeld. Außerdem soll der ALG I-Zuschlag, der in den ersten zwei Jahren nach dem Auslaufen von Arbeitslosengeld I gezahlt wird und den sozialen Absturz abmildern sollte, gestrichen werden.

Die Bundesregierung plant, die Pflichtleistungen im SGB II, zu denen zum Beispiel die Entgeltversicherung für ältere Arbeitnehmer, die Förderung der Vorbereitung auf nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses, die Berufsausbildungsbeihilfe für Auszubildende gehören, in Ermessensleistungen umzuwandeln. Bildung, Weiterbildung, Qualifizierung oder Umschulung scheinen der Bundesregierung egal zu sein. Der Rentenversicherungsbeitragssatz soll gleich ganz abgeschafft werden, mit der Folge, dass die Betroffenen nach einer längeren ALG II-Bezugsdauer immer weniger Ansprüche auf eine Rente haben, die zum Leben reicht. Beides hält die Bundesregierung für notwendig, um die Anreize für

die Aufnahme einer Beschäftigung zu stärken. Wo diese Arbeitsplätze herkommen sollen, lässt sie dagegen offen.

Dieses Sparpaket ist hochgradig unsozial. Es zeigt klar: Schwarz-Gelb zwingt die kleinen Leute und die Familien zur Kasse. Spekulanten, Hochverdienende, Vermögende kommen dagegen ungeschoren davon. Was auch immer im Vermittlungsausschuss noch für die Hartz IV-Empfangenden erreicht wird: Man muss kein Prophet sein, um zu wissen, dass es nicht reichen wird.

Halina Wawzyniak
Bundestagsabgeordnete



Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren

Wie geht es weiter mit dem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) in Berlin?

Im Berliner ÖBS wird sinnvolle Arbeit verrichtet, die dazu beiträgt, dass die Stadtgesellschaft gestärkt wird. Gleichzeitig konnten wir so Arbeitslosen eine berufliche Perspektive geben. Innerhalb der letzten Jahre haben wir 7.500 Stellen im Berliner ÖBS geschaffen. Die Beschäftigten dort werden tariflich bezahlt, erhalten aber mindestens 7,50 Euro Stundenlohn. Das hat DIE LINKE in der rot-roten Regierung durchgesetzt. Die Menschen im ÖBS arbeiten in unterschiedlichen Beratungsstellen oder Stadtteilzentren, sie begleiten mobilitätseingeschränkte Menschen als Fahrgastbegleiter im Öffentlichen Personennahverkehr, sie tragen als Gemeindedolmetscher, Stadtteilmütter oder Kiezlotsen zur Integration von Migrantinnen und Migranten bei.

Als Finanzierungsgrundlage nehmen wir arbeitsmarktpolitische Instrumente des Bundes, die wir mit Landesmitteln entsprechend ko-finanzieren. Immer wieder war der ÖBS in Gefahr, weil die jeweiligen Bundesregierungen die verhandelten Grundlagen änderten. Auch gegenwärtig steht die Zukunft des ÖBS wieder in Frage, denn durch das Sparpaket der Bundesregierung wird das Land Berlin im nächsten Jahr etwa 200 Millionen Euro weniger für die aktive Arbeitsmarktförderung erhalten. Trotz dieser sehr schweren Situation möchten wir weiterhin Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren und werden erneut für den Erhalt des Berliner ÖBS kämpfen. Wir möchten die „Bürgerarbeit“ zu ÖBS-Bedingungen einsetzen. Die Bürgerarbeit ist das Lieblingsprojekt der Bundesarbeitsministerin von der Leyen (CDU) und klingt ähnlich wie der ÖBS. Die

Arbeitsbedingungen sind jedoch viel schlechter. Die Bürgerarbeit ist Arbeit im Niedriglohnbereich, von der man nicht leben kann. Um die Bürgerarbeit für den ÖBS zu nutzen, muss die Bundesregierung nicht nur eine entsprechende Aufstockung aus Landesmitteln zulassen. Sie muss auch zustimmen, dass die Arbeit tariflich entlohnt werden muss, mindestens aber 7,50 Euro Stundenlohn garantiert. Die endgültige Entscheidung über die Verhandlungen über diese Bedingungen wird im Januar fallen.

Elke Breitenbach
Mitglied des Abgeordnetenhauses



Grün- und Spielflächen

Grünes Pankow



Im Zuge der Umgestaltung der Innenhöfe des Bezirksamtsgeländes Fröbelstraße ist leider schon sehr viel der ursprünglichen Fassadenbepflanzung beseitigt worden. Die Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) hat sich für den Erhalt der klimatisch sinnvollen Fassadenbegrünung eingesetzt und erreicht, dass nunmehr eine nachhaltige und behutsame Pflege des Fassadengrüns erfolgt.



Zudem haben wir im Sinne der Erweiterung von Grünflächen im Bezirk in einem Antrag vorgeschlagen, dass die ehemalige „Sportstätte am Weißen See“ als Grünfläche ausgewiesen und zu einem Mehrgenerationenpark für Bewegung und Spiel entwickelt wird. Wenn die BVV unserem Antrag folgt, wird es auf dieser

Fläche Angebote zum Bewegen und Spielen für unterschiedliche Altersgruppen geben. Die dort zu installierenden Geräte sollen sowohl die körperliche als auch die geistige Fitness der Nutzer fördern. Mit dem Aufbau dieses Parks soll neben der Entsiegelung von Flächen auch das Defizit an Spielflächen in dieser Region verringert werden.

In einem weiteren Antrag hat die Linksfraktion in der BVV das stetig steigende Interesse an Informationen über die vorhandene Artenvielfalt im Bezirk aufgegriffen und einen botanischen Atlas für Pankow vorgeschlagen. Darin sollen Informationen über die vorhandenen gebietsheimischen, seltenen wie auch exotischen Pflanzen im Bezirk zusammengetragen werden. Wir gehen davon aus, dass umfangreiches Datenmaterial und Wissen vorhanden ist und nur zusammengeführt werden muss. Die daran Interessierten wollen wir aufrufen, sich einzubringen und

wir wollen dafür sorgen, dass sie in die Erweiterung und Pflege des Verzeichnisses einbezogen werden. Der so entstehende Atlas soll unter anderem für die Umweltbildung eingesetzt werden.

Ende Dezember 2010 wurde ein Überlassungsvertrag zur Botanischen Anlage in Blankenfelde zwischen dem Bezirksamt und der Grün Berlin GmbH für zunächst drei Jahre unterzeichnet. Nach einem rund zweijährigen Diskussionsprozess, an dem wir uns intensiv beteiligt haben, liegt damit ein erstes konkretes Ergebnis zur Entwicklung der Anlage vor. Es wird nun darauf ankommen, über den zu bildenden Beirat und die Arbeit im Umweltausschuss der BVV dafür zu sorgen, dass die Attraktivität der Anlage erhöht wird, dabei ihr ursprünglicher Charakter nicht verloren geht und die Interessen der Akteure vor Ort gewahrt bleiben.

Axel Bielefeldt
Bezirksverordneter

Zwischen Rotz und Trotz

Es scheint kein Film für die großen Kinos zu sein: Eiszeit, Lichtblick, Sputnik, Tilsiter. - Da läuft Tatjana Turanskyjs erster Film „Eine flexible Frau“. Offenbar zu wahr, um damit die große Kohle an der Kinokasse zu machen. Frau, vierzig, alleinerziehend, arbeitslos. Das sind die wenig glamourösen Tatsachen, um die sich das Leben der Nicht-mehr-Architektin Greta (Mira Partecke) rankt. Und in solcher Situation ist die Stadt Berlin denn auch kein bisschen sexy. Greta sowieso nicht. Oder höchstens manchmal. Dann, wenn sie voller Trotz und Wut und Selbstvergessenheit sich an das erinnert, was sie mal wollte, wie sie mal angetreten ist... Und dazu diese rotzige Ehrlichkeit: Auf die Frage, was sie besonders gut kann, antwortet sie der Frau, die sie beruflich wieder aufs Gleis bringen soll, einfach nur „Trinken“. Der Film hat es in sich, der Kloß im Hals ist meistens noch da, wenn

das Lächeln sich Bahn macht. Episoden des Scheiterns, des zwangsläufigen Abstiegs. Doch dabei voller hintergründigem Humor, sanfter Traurigkeit, giftigem Sarkasmus. Dass so eine wie Greta auch scheitern muss bei der Arbeit im Call-Center („wie asozial ist das denn...“), wo sie nicht kreativ eigene Bau-Visionen verwirklichen kann (hatte sie die jemals?), sondern spießige Fertighäuser verkaufen soll, ist klar. Greta verzweifelt nicht nur am eigenen Leben, sondern an dem in dieser Stadt Berlin mit seiner seelenlosen Architektur, den ungelebten Träumen, dem ihr entglittenen Sohn. Der will sie, die Loserin, nicht mal mehr besuchen.

Diese ungestüme Mischung aus Stadt- und Frauenporträt macht den Film sehenswert. Und dass eine Menge Kritiker ihn in der Luft zerreißen, macht ihn nicht weniger sehenswert.

Dass er allerdings immer wieder

dieses Hölzerne, diese nicht stimmigen Dialoge auf den Zuschauer prasseln lässt, kann nicht nur daran liegen, dass Turanskyj richtiges Leben im falschen in Bilder zu kleiden versucht.

Gisela Blank



Vom Programmkonvent zum Schlusspurt der Wortmeldungen

Verpufft?

Im November fand in Hannover der Programmkonvent der LINKEN statt, der deutlich machte, welche Debattenqualität erreicht werden kann, wenn es einmal nicht darum geht, der jeweils gegnerischen Strömung eins überzubraten. Erfreulich war, dass die Impulsreferate der acht Arbeitsgruppen so gehalten waren, dass zwischen ihnen der Raum zu gemeinsamem Nachdenken eröffnet wurde. Das ermöglichte ein engagiertes Ringen um gemeinsame Positionen, oft auch noch um ein vorsichtiges Klären dessen, was der andere überhaupt meint. In Forum 1 ging es um die LINKE und ihre Geschichte. Im zweiten Forum wurden die Krisen des Kapitalismus diskutiert und der Versuch unternommen, zu klären, in welcher Gesellschaft wir leben. Die beiden weiteren Foren widmeten sich Fragen der Eigentumsordnung und Wirtschaftsdemokratie

sowie der Guten Arbeit und sozialen Sicherheit. Das fünfte und sechste Forum widmete sich der Demokratisierung der Gesellschaft und dem sozial-ökologischen Umbau. Das siebte Forum schließlich suchte nach Antworten auf die Frage, wie schaffen wir Frieden und das achte Forum fragte sich, wie wir die Gesellschaft verändern und einen Politikwechsel herbeiführen können. Auch wenn es keine Beschlüsse oder Anträge an die Programmkommission gab, sind die Ergebnisse des Konventes nicht verloren, da alle Workshops im Internet unter <http://die-linke.de/programm/programmkonvent/> dokumentiert sind. Ob und wie sie Eingang finden werden in die Überarbeitung des Programmentwurfes, ist indes offen, da es keine zweite überarbeitete Fassung des Programmentwurfes geben wird. Das ist schade, weil so kein Zwischenstand dokumentiert wird, der

der Basis den Eindruck vermittelt, wo der Entwurf unstrittig ist, wo es differierende, aber zu versöhnende Ansätze gibt und wo einander ausschließende Konzeptionen miteinander ringen. Hinzu kommt, dass es nun im Internet noch eine elektronische Programmdebatte gibt, die vielen Genossen und Genossinnen verborgen bleibt. Nachdem die Programmkommission in einer Redaktionsgruppe aufgegangen ist, wurde diese nun vom Parteivorstand beauftragt, bis April eine Synopse vorzulegen, die die Wortmeldungen zum Programmentwurf strukturieren und daraus resultierende Vorschläge für Änderungen enthalten soll. Im Mai will der Parteivorstand dann anhand der Synopse eine erste Beratung durchführen und am 2./3. Juli den Programmentwurf beschließen. Wer also noch Einfluss nehmen möchte auf diesen Prozess, muss sich beeilen.

Sören Benn
Bezirksvorsitzender



Neue Vorsitzende

Die Landesdelegiertenkonferenz der Volkssolidarität (VS) Berlin wählte im Herbst die Sozialsenatorin a.D. und ehemalige Bundestagsabgeordnete Frau Dr. Heidi Knake-Werner zur Landesvorsitzenden. Mit der Wahl des neuen Landesvorstandes öffnete sich die Volkssolidarität für Menschen mit vielfältigen Erfahrungen und Wissen aus anderen politischen und sozialwirtschaftlichen Zusammenhängen. So sind in den neuen Vorstand u.a. auch Prof. Brauns, Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes a.D., Frau Ingeborg Simon, ehemalige Mitglied im Abgeordnetenhaus von Berlin für die PDS und Frau

Eveline Lämmer, sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion in der BVV Pankow, gewählt worden. Mit dieser Entscheidung sind die Voraussetzungen geschaffen, trotz der demografischen Entwicklung und den sich verschlechternden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen die erfolgreiche Arbeit der Volkssolidarität der letzten 65 Jahre fortsetzen zu können. Das stellt neue Anforderungen an alle Beteiligten, erfordert neue Ideen und übergreifende Zusammenarbeit. Dazu lade ich Menschen mit sozialem Engagement recht herzlich ein.

Thomas Fritsche
Bezirksvorsitzender VS Pankow



Volkssolidarität
Landesverband Berlin e.V.
Bezirksgeschäftsstelle Pankow



Stammtisch

Zum neuen Jahr



Beim „Eisernen Gustav“ war auch am Neujahrstag um zehn Uhr die Stammtischbesetzung anwesend. Ausnüchtern beim Brunch war angesagt. Nach dem ersten Bier und dem ersten Kurzen fragte Karl: „Was wünscht ihr euch für das neue Jahr?“ Nach dem üblichen Sprechen im Chor mit Aussagen zum Urlaub, zur Gesundheit, zu mehr Geld, für einen sicheren Arbeitsplatz kam noch der Hinweis, dass das alte Jahr doch einige unangenehme Höhepunkte brachte. Benjamin: „Hochwasser gab es genug. Auch in Deutschland sind die Talsperren gut gefüllt, leider nicht meine Geldbörse.“ Norbert, der Zahnarzt, zog einen Zettel aus der Tasche und las vor: „Die Straße hat keine höhere demokratische Legitimation als Parlament und Gesetz. Sagt Thomas de Maizière.“ Verdutztes Schweigen. Mein Einwand: „Das war eine Reaktion auf die Antiatomdemonstrationen, den

Protest zum Bahnhofbau in Stuttgart und die vielen Demonstrationen im Herbst.“ Günter: „Die Einstellung zum Grundgesetz scheint bei Herrn de Maizière nicht besonders fest. In Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes ist formuliert, ‘alle Staatsgewalt geht vom Volke aus’. Da sollten wir das Verfassungsgericht anrufen.“ Mein Einwand: „Das bringt nichts. Der Begriff der Demokratie folgt in Deutschland nicht dem Wortlaut der Übersetzung - Herrschaft des Volkes! Im gleichen Absatz wird nämlich die Aussage präzisiert: Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“ Es bleibt, dass de Maizière sich eindeutig auf das Grundgesetz bezogen hat. Karl konnte sich kaum noch halten: „Dann ist streng genommen der Protest gegen den Bahnhofsbau in

Stuttgart ein Straftatbestand.“ Betretenes Schweigen. Benjamin: „Wir verstehen das falsch. Kohl hat einmal im Fernsehen formuliert, ‚wir haben euch (den Ossis) die Demokratie gebracht, wie wir sie meinen, die Parlamentarische Demokratie.‘ Das müssen wir nur begreifen.“ Norbert erinnerte an den 17. Juni 1953, als das Volk gegen offensichtliche Missstände auf die Straße ging und streikte. Da hat Brecht doch eine interessante Lösung vorgeschlagen: Wenn das Volk das Vertrauen der Regierung verscherzt habe, könne es nur durch doppelte Arbeit zurückerobert werden. Brecht: Wäre es da nicht einfacher, die Regierung löse das Volk auf und wähle ein anderes?

Klaus Flemming



WANNWOWASWANNWOWASWANN

7. Februar 18.00 Uhr
Sitzung der Linksfraktion in der BVV Pankow im Fraktionszimmer

9. Februar 18.00 Uhr
Programmdebatte zu „Kapitalismus heute - welche Entwicklungstendenzen gibt es und wo gibt es Anknüpfungspunkte für transformatorisches Handeln“, Gäste: Dieter Klein, Rosa-Luxemburg-Stiftung und Ulla Lötzer, MdB, in der Bezirksgeschäftsstelle

14. Februar 18.00 Uhr
Basistag der LINKEN in Pankow in der Bezirksgeschäftsstelle

19.30 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstandes in der Bezirksgeschäftsstelle

16. Februar 17.30 Uhr
Fortsetzung der 39. Tagung der BVV Pankow, Bezirksamt, Haus 7, Fröbelstraße 17, BVV-Saal

18. Februar 17.00 Uhr
Basiskonferenz der Berliner LINKEN, Vorstellung des Entwurfes für ein Landeswahlprogramm, ND-Gebäude, Franz-Mehring-Platz 1

21. Februar 18.00 Uhr
Sitzung der Linksfraktion in der BVV Pankow im Fraktionszimmer

23. Februar 19.30 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstandes in der Bezirksgeschäftsstelle

28. Februar 18.00 Uhr
Sitzung der Linksfraktion in der BVV Pankow im Fraktionszimmer

2. März 17.30 Uhr
40. Tagung der BVV Pankow, Bezirksamt, Haus 7, Fröbelstraße 17, BVV-Saal

7. März 19.30 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstandes in der Bezirksgeschäftsstelle

12. März 10.00 Uhr
Hauptversammlung DIE LINKE Pankow, Wahl der DirektkandidatInnen der LINKEN Pankow zu den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus, Bezirksamt, Haus 7, Fröbelstraße 17, BVV-Saal

14. März 18.00 Uhr
Sitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

21. März 19.30 Uhr
Sitzung der Linksfraktion in der BVV Pankow im Fraktionszimmer

23. März 19.30 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstandes in der Bezirksgeschäftsstelle

27. März 10.00 Uhr
Landesparteitag DIE LINKE Berlin, Verabschiedung des Wahlprogramms zu den Berliner Abgeordnetenhauswahlen

28. März 18.00 Uhr
Sitzung der Linksfraktion in der BVV Pankow im Fraktionszimmer

30. März 17.30 Uhr
41. Tagung der BVV Pankow, Bezirksamt, Haus 7, Fröbelstraße 17, BVV-Saal

2./3. April 10.00 Uhr
Hauptversammlung DIE LINKE Pankow, Verabschiedung des Wahlprogramms und Wahl der KandidatInnen der LINKEN Pankow zu den Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung Pankow, Bezirksamt, Fröbelstraße 7, Haus 7, BVV-Saal

9./10. April 10.00 Uhr
Landesparteitag zur Wahl der KandidatInnen der LINKEN Berlin zur Berliner Abgeordnetenhauswahl

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Berlin Pankow

Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de
eMail: redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Carsten Schatz

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 14. Januar 2011
Druck: double express Auflage: 6.500

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 22. März 2011

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert. Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.

Titelfoto: Helmholtzplatz

Fotos: Frank Schwarz, Michael von der Meer, Katina Schubert, Sandra Brunner, Gisela Blank

Linksfraktion in der BVV Pankow
Bezirksamt
Fröbelstraße 17, Haus 7,
Fraktionszimmer, Raum 109

DIE LINKE Pankow
Bezirksgeschäftsstelle
Kopenhagener Straße 76,
Nähe S und U Schönhauser Allee